

- Mahnabteilung -

58081 Hagen

Telefaxnr. 02331 967-750

MAHNR

VOM

aufgrund des hier am 0

Geschäftsnummer: 18-

Antragsgegner:

Weitersenden innerhalb des Inlands

Geschäftsnummer des Amtsgerichts

Bei Schreiben an das Gericht stets angeben

18-2620356-0-8

Anlage D

Amtsgericht Hagen, 58081 Hagen

Frau

Barbara Althoff

Ernst-Lemmer-Ring 12

14165 Berlin

00002 (000000003)
06.82529/0000539
001079 8001079

Antragsteller:

Deutsche Annington
Beteiligungsverwaltungs GmbH
Universitätsstr. 133
44803 Bochum

gesetzlich vertreten durch:
Geschäftsführer
Gerald Klinck
Prof. Dr. A. Stefan Kirsten

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte
Ohletz Rechtsanwälte
Bonsiepen 13
45136 Essen

Bankverbindung des Prozessbev.:
IBAN DE37 3601 0043 0015 3234 33
BIC PBNKDEFF360

Geschäftszeichen:
94-2018-026065

Telefon: 0201 / 959 82 0

ESCHIED

06.12.2018

12.2018 eingegangenen Antrags

20356-0-8 Seite 1 von 1

Der Antragsteller macht folgenden Anspruch geltend:

I. Hauptforderung:

Miete für Wohnraum (einschl. Nebenkosten) für die Wohnung in:
14165 Berlin gem. Vertrag vom 01.09.15 bis 31.10.18 828,27 EUR

II. Verfahrenskosten (Streitwert: 828,27 EUR):

1. Gerichtskosten:		
- Gebühr (§§ 3, 34, Nr. 1100 KV GKG)	32,00 EUR	
2. Rechtsanwalts-/Rechtsbeistandskosten:		
- Gebühr (Nr. 3305 VV RVG)	80,00 EUR	
- Auslagen (Nr. 7001/7002 VV RVG)	16,00 EUR	
- 19,00% MWSt (Nr. 7008 VV RVG)	18,24 EUR	
Summe Kosten		146,24 EUR

III. Zinsen:

1. laufende, vom Gericht ausgerechnete Zinsen zu Hauptforderung I.:
Zinsen von 5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen
Basiszinssatz aus 828,27 EUR vom 29.11.18 bis 06.12.18 0,76 EUR

Gesamtsumme 975,27 EUR

2. hinzu kommen weitere laufende Zinsen zu Hauptforderung I.:
Zinsen von 5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen
Basiszinssatz aus 828,27 EUR ab dem 07.12.18

Der Antragsteller hat erklärt, dass der Anspruch von einer Gegenleistung abhängt, diese aber erbracht sei.

Das Gericht hat nicht geprüft, ob dem Antragsteller der Anspruch zusteht.

Es fordert Sie hiermit auf, innerhalb von zwei Wochen seit der Zustellung dieses Bescheids entweder die vorstehend bezeichneten Beträge, soweit Sie den geltend gemachten Anspruch als begründet ansehen, zu begleichen oder dem Gericht auf dem beigefügten Vordruck mitzuteilen, ob und in welchem Umfang Sie dem Anspruch widersprechen.

Wenn Sie die geforderten Beträge nicht begleichen und wenn Sie auch nicht Widerspruch erheben, kann der Antragsteller nach Ablauf der Frist einen Vollstreckungsbescheid erwirken und aus diesem die Zwangsvollstreckung betreiben.

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch die Justiz nach Artikel 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung finden sich auf www.mahngerichte.de/Hinweise_DSGVO. Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen an Verfahrensbeteiligte auch in Papierform.

Der Antragsteller hat angegeben, ein Streitiges Verfahren sei durchzuführen vor dem
Amtsgericht Schöneberg
10823 Berlin

An dieses Gericht, dem eine Prüfung seiner Zuständigkeit vorbehalten bleibt, wird die Sache im Falle Ihres Widerspruchs abgegeben.

Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite.

Keppmann
Rechtsreferent

